



Der Oberbürgermeister
der Stadt Offenburg

Ministerium für Soziales, Gesundheit und
Integration Baden-Württemberg
z. Hd. Herrn Minister Manne Lucha
Else-Josenhans-Straße 6
70173 Stuttgart

Offenburg, 27. Mai 2025

Offener Brief an Gesundheitsminister Manne Lucha zur Sicherstellung der kinderärztlichen Versorgung in Offenburg

Sehr geehrter Herr Minister Lucha,

als Oberbürgermeister der Stadt Offenburg wende ich mich mit einem Anliegen an Sie, das zahlreiche Familien in unserer Stadt derzeit mit großer Sorge erfüllt: die Sicherstellung einer wohnortnahen, stabilen kinderärztlichen Versorgung. Zum 1. Juli 2025 wird in Offenburg eine weitere Kinderarztpraxis schließen. Schon heute arbeiten die verbleibenden Praxen an der Kapazitätsgrenze. Für viele Eltern stellt sich zunehmend die Frage, ob und wie sie künftig überhaupt noch einen kinderärztlichen Termin erhalten. Eine Petition besorgter Eltern an die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) mit über 1.700 Unterschriften hat dieser Sorge in kürzester Zeit Ausdruck verliehen.

Die KVBW stuft unsere Region derzeit als überversorgt ein. Eine Einschätzung, die im Widerspruch steht zur erlebten Realität vieler Familien und auch der Kinderärztinnen und -ärzte hier vor Ort in Offenburg. Der Blick auf den gesamten Ortenaukreis – flächenmäßig der größte Landkreis Baden-Württembergs – wird den spezifischen Versorgungsherausforderungen des Oberzentrums Offenburg – auch in Hinblick auf dessen Einzugswirkung – nicht gerecht.

Als Kommune nehmen wir diese Entwicklungen sehr ernst. Doch unsere Handlungsmöglichkeiten sind strukturell begrenzt. Wir haben weder direkten Zugriff auf die Versorgungsstrukturen noch auf die Zulassungssystematik. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Kräfte nutzen, um den Dialog zu fördern.

Deshalb habe ich die niedergelassenen Kinderärztinnen und Kinderärzte in Offenburg zu einem gemeinsamen Austausch eingeladen. Ziel ist, die fachlichen Perspektiven und Erfahrungen aus der Praxis zusammenzuführen und gemeinsam sinnvolle Schritte zu beraten, auch gegenüber der KVBW. Die Einschätzung und Mitwirkung der Ärztinnen und Ärzte vor Ort ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil jeder weiteren Initiative.

Klar ist: Die Stadt Offenburg kann bestehende Strukturen nicht ersetzen. Aber sie kann Impulse geben. Ein Beispiel dafür ist ein gezielter Aufruf, mit dem wir Medizinerinnen und Mediziner bundesweit ermutigen, sich in Offenburg niederzulassen. Wir möchten diesen kommunalen Beitrag in einen größeren Zusammenhang stellen und daher appelliere ich an Sie als verantwortlichen Landesminister:

Setzen Sie sich auf Landes- und Bundesebene insbesondere für folgende Maßnahmen ein:

- Neubewertung der Versorgungsrichtlinien: Die Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Bedarfsplanung muss aus unserer Sicht insbesondere hinsichtlich einer differenzierten Betrachtung städtischer Zentren innerhalb großer Flächenlandkreise überarbeitet werden.
- Feststellung regionaler Besonderheiten: Unterstützen Sie, dass der Landesausschuss für ärztliche Versorgung (mit Beteiligung des Sozialministeriums) feststellt, dass besondere Versorgungslagen, z. B. aufgrund Demografie oder Einzugsgebiet, dynamischer berücksichtigt werden. Dies auch mit dem Ziel Sonderbedarfszulassungen schneller und leichter zu ermöglichen.
- Rahmenbedingungen für Niederlassungen verbessern: Fordern Sie die KVBW auf, gemeinsam mit ärztlichen Vertretungen einen runden Tisch einzuberufen, um neue Impulse und konkrete Maßnahmen der Unterstützung für die Niederlassung von Kinderärztinnen und -ärzten zu erarbeiten.
- Verfahren zur Nachbesetzung verkürzen: Das aktuelle Verfahren zur Nachbesetzung von Kassensitzen dauert bis zu sechs Monate. Das ist in Zeiten der angespannten ärztlichen Versorgungssituation deutlich zu lange.
- Patientenverteilung fairer gestalten: In Offenburg versorgen einzelne Praxen auf einem Kassensitz teils ein Vielfaches dessen, was andernorts geleistet wird. Die hohe Fallzahl je Sitz muss bei der Bewertung der Versorgungssituation stärker berücksichtigt werden.

- Flexiblere Regelung bei Anstellungen: Die Deckelung bei zusätzlicher Anstellung von Fachärzten in Praxen führt in der Realität zu starken Verzerrungen. Mehr Patienten bedeuten nicht zwingend mehr Mittel, um eine adäquate Versorgung zu gewährleisten. Durch formale Umverteilungen freiwerdender Kassensitze, werden nicht automatisch mehr Kinder versorgt, sofern diese Sitze einer bisher gedeckelten Praxis zugeschlagen werden. Für Offenburg ist das strukturell besonders problematisch.

Wir sind überzeugt: Eine nachhaltige Lösung kann nur im Zusammenwirken aller Ebenen erreicht werden. Die Stadt Offenburg ist gerne bereit sich hierbei konstruktiv einzubringen. Für ein persönliches Gespräch stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Marco Steffens
Oberbürgermeister